

Anil Netto, Malaysia:

Im weitesten Sinne ja. Die Sprache und die Bräuche haben einige Ähnlichkeiten.

Thailand:

Wenig, wenn man mal von der malaiischen Sprachwurzel absieht. Der westliche Einfluß ist sehr stark, wobei nordamerikanische Lebensweisen überwiegen.

Wie würden sie die Menschen auf den Philippinen in Vergleich zu denen in ihrem Land beschreiben?

Agnes Khoo, Singapur:

Diese Frage ist komplex und schwer zu beantworten. Man läuft Gefahr, Stereotype aufzubauen und zu Verallgemeinern, was häufig ungerecht ist. Ich wohne selbst mit Filipino Aktivisten zusammen und ich denke, es gibt so viele Unterschiede wie Ähnlichkeiten.

Vielleicht kann man sagen, daß jene Filipinos, die ich kenne, patriotisch sind, zufrieden mit ihren Wurzeln und ihrer Identität, stolz auf ihre Geschichte des Kampfes gegen ausländische Mächte und Unterdrückung durch ihre Regierungen und Eliten. Singapuraner haben wenig von dieser Einstellung, wenn überhaupt etwas. Sie wurden zu einem eindimensionalen, ökonomischen und pragmatischen Tier geformt. Gemeinschaft, Nationalität und selbst Familienbeziehungen sind materieller Bereicherung und dem Konsum untergeordnet.

Anil Netto, Malaysia:

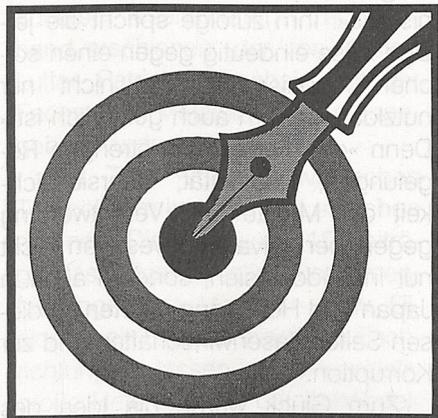
Die Menschen auf den Philippinen sind viel mehr freiheitlich gesinnt, schätzen ihre demokratischen Rechte und sind politisch viel bewußter. Sie haben auch viel unter der Marcos-Ära gelitten und sind deshalb wirtschaftlich ein bißchen zurückgeblieben.

Malaysier sind viel passiver und ängstlich in ihrem Kampf um demo-

kratische Rechte. Aber es gibt hier mehr Toleranz und Harmonie unter der Bevölkerung, vielleicht weil sie sich der Bedeutung von der Aufrechterhaltung der sozialen Harmonie und des friedlichen Miteinanderlebens in einer ethnisch gespaltenen Gesellschaft bewußter sind.

Thailand:

Die Filipinos sind individualistischer und freizügiger, auch in sexueller Hinsicht. Sie orientieren sich weniger an der Meinung von Freunden oder Familienmitgliedern. Sie sind stolz darauf, sich westlich zu verhalten, gut englisch zu sprechen und sie heiraten gerne Ausländer, teilweise deshalb, weil sie ihr Land verlassen wollen. Sie wollen sich lieber amerikanisch als asiatisch geben. Man spielt Basketball und ißt Fastfood.



KOMMENTAR

Sieben Jahren befindet sich Japan nun schon in der schlimmsten Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Vorher genoß es eine drei Jahre andauernde, beispiellose Prosperitätsphase der »Seifenblasenwirtschaft« (»bubble-economy«), die mit einem spektakulären Zusammenbruch der Aktienkurse und einem drastischen Sturz der Bodenpreise endete.

Die langwierige Konjunkturschwäche förderte erneute japanische Auslandsinvestitionen, weil sich die dynamisch wachsenden Märkte in Ost- und Südostasien als Ausweg aus der Krise anboten. Auch die Verdoppelung des japanischen Exports nach Ost- und Südostasien — ihr

Japan und die Wirtschaftskrise in Südostasien

von Lila Oishi

Anteil an den gesamten japanischen Export wuchs von 25 % auf 40 % —, macht deutlich, in welchem Maße das japanische Wirtschaftswachstum auf die regionale Dynamik angewiesen ist. Wegen dieser zunehmenden Abhängigkeit der japanischen Wirtschaft warnten die Wirtschaftswissenschaftler vor »Überhitzungsphänomenen der Seifenblasenwirtschaft«, die auch in den Ländern Ost- und Südostasiens zu beobachten waren.

Aber die japanischen Großunternehmen und Geldinstitute erlaubten sich keinen Rückzug mehr, so daß sie ebenfalls tief in den Strudel der asiatischen Krisen hineingezogen wurden. Japan als der größte Exporteur in der Region wird aus internatio-

naler Sicht der Spekulanten am stärksten betroffen sein, wenn die Finanz- und Wirtschaftskrise für die kommenden Jahre in Südostasien zu Wachstumsschwächen führt.

Die geplatzte japanische Seifenblasenwirtschaft vor sieben Jahren hinterließ einen Haufen fauler Kredite bei den Geldinstituten. Die japanischen SteuerzahlerInnen waren gegen eine Inanspruchnahme öffentli-

Die Autorin ist Japanerin, Mitglied einer japanischen Menschenrechts- und Frauenorganisation und promoviert über »Menschenrechte und globale Zivilgesellschaft« an der Universität Frankfurt.

cher Gelder zur Beseitigung der faulen Kredit, die wegen Managementfehler des Finanzministeriums und der Großbanken lawinenartig angewachsen sind. So müssen sie jetzt zusätzlich noch die neuen faulen Kredite auf sich nehmen, die durch den Einbruch in den asiatischen Seifenblasenwirtschaften entstanden sind. Es war sehr eindrucksvoll, wie schnell sowohl einheimische als auch ausländische Spekulanten auf die Kurseinbrüche in Asien reagierten und versuchten, japanische Bankaktien los zu werden.



Börse in Tokio

Für Japan sind die südostasiatischen Länder mit knapp 400 Millionen Menschen auch als große, rasch wachsende und differenzierte Konsummärkte sehr attraktiv. Aber wenn sich die Wachstumsschwächen auf die Umsatzentwicklung der japanischen Autoindustrie in Südostasien negative auswirken, vermutet man, daß die bislang erzielten Gewinne der japanischen Zweigwerke dort auch ausbleiben werden. Die wichtigsten Teile zur Montage der Autos müssen aus Japan importiert werden und es ist wegen der abgeschwächten Währungen mit einem enormen Anstieg der Kosten dafür zu rechnen.

Trotzdem werden die meisten japanischen Investoren dort bleiben, indem sie optimistisch hoffen, daß die Krise schnell vorbei geht. Zur Zeit müssen sie aber neue Engagements und Marktstrategien überdenken, wobei die Abwertung der Währungen günstig wirken kann. Die Währungs-krise bedeute für die südostasiatischen Länder auch eine Chance, ihre Außenhandelsdefizite gegenüber Japan abzubauen, wenn Japan endlich auf die langjährige Forderung der

ASEAN eingeht, den japanischen Markt für die Fertigwarenimporte aus Südostasien zu öffnen. Dieser Weg wird jetzt von vielen als realistische und wirkungsvolle wirtschaftliche Maßnahme zur Überwindung der Wirtschaftskrise Südostasiens diskutiert. Dazu benötigen die von der Krise betroffenen Länder auch einen Technologietransfer, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und sich vom Industrialisierungsniveau Chinas, Vietnams und Indiens möglichst weit abzusetzen.

Aber allein wirtschaftliche Maßnahmen zur Überwindung der Krise reichen für eine Entwicklung in Südostasien nicht aus. Eine nachhaltige und ökologisch verträgliche Entwicklung stützt selbstverständlich auf die politischen Reformen zur Demokratisierung ab. Das Thema der Finanz- und Wirtschaftskrise in Südostasien wird

zur Zeit in verschiedenen japanischen Zeitungen und Zeitschriften oft im Zusammenhang mit der dort existierenden »Korruption«, »Vetternwirtschaft« und »Unübersichtlichkeit des politischen Systems« behandelt.

So sieht *Yomiuri Shinbun*, die zur Zeit auflagenstärkste konservative Zeitung (9,7 Mio.) vom 20. Oktober, die Ursache der verspäteten Reaktion der thailändische Regierung auf die Mahnungen des IWF in der Verflechtung von Politik und Industrie. Diese Tatsache signalisiere, daß »jeder Versuch die Wirtschaftskrise zu überwinden ins Leere laufen muß, wenn er nicht von politischen Reformen begleitet wird« (...). Im gleichen Kontext begrüßte *Yomiuri Shinbun* am 11. September die Verabschiedung der neuen, fortschrittlichen Verfassung in Thailand mit ihren umfangreichen Gesetzen zur Korruptionsbekämpfung und bezeichnet diesen Transformationsprozeß der thailändischen Zivilgesellschaft angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise als »Lehre aus Thailand«

Es ist bekannt, daß der IWF die Säuberung des korrupten Finanzsys-

tems als Bedingungen für internationalen Hilfeleistung an Indonesien stellt. Dagegen protestierten führende ASEAN-Politiker, indem sie dasselbe Lied der »Einmischung in die inneren Angelegenheit« wie bei der Menschenrechtsdebatte vor einigen Jahren anstimmten. Vor diesem Hintergrund kam es zur Idee des »Asien-Fonds« als einer reinen Kreditstelle, die sich nicht in die Wirtschaftspolitik der Schuldner einmischte. Das japanische Finanzministerium nutzte die Interessen der südostasiatischen Staaten für einen Solidarisierungseffekt gegenüber den Forderungen von US-Regierung und IWF. Ein Vizefinanzminister, Eisuke Sakakibara, der unter dem Namen »Mr. Yen« bekannt ist, ergriff die Initiative zur Schaffung des »Asien-Fonds«.

Yosuke Funabashi, ein bekannter Journalist und Autor, kritisiert in der von der progressiven Zeitung *Asahi Shinbun* (8,2 Mio. Auflage) herausgegebenen Wochenzeitschrift *Asahi* vom 14. November diese Solidarisierungsbemühen als »bornierten Asianismus«. Ihm zufolge spricht die jetzige Krise eindeutig gegen einen solchen Asianismus, »der nicht nur nutzlos, sondern auch gefährlich ist.« Denn »das Fehlen von strengen Regelungen, Neutralität, Übersichtlichkeit der Märkte und Verantwortung gegenüber privaten Investoren nicht nur in Südostasien, sondern auch in Japan und Hongkong, führten zu diesen Seifenblasenwirtschaften und zur Korruption.«

Zum Glück wurde die Idee des Asien-Fonds nach dem kurzen Hegemonie-Streit zwischen USA und Japan wieder fallen gelassen. Die Schaffung des Asien-Fonds hätte eine Katastrophe bedeutet, wenn damit die politisch Verantwortlichen für ihr Handeln in einer Krise keine Rechenschaft mehr abgeben müßten und die wahren Ursachen vertuscht würden. Wenn aber die Versuche zur Überwindung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht von politischen Reformen zur Demokratisierung begleitet werden, wird es immer wieder möglich sein, daß solche Krisen in Asien ausbrechen werden.

aus: Japan Journal 2/87 (Titelbild)